

## Die Wahlen zum US-Kongress am 2. November 2010: Herbe Niederlage der Demokraten, aber auch ein Sieg der Republikaner?

Michael Kolkmann

Bei den Wahlen zum 112. US-Kongress am 2. November 2010 mussten die Demokraten empfindliche Verluste hinnehmen. Im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner nach vier Jahren Unterbrechung die Mehrheit zurückerobern. Im Vergleich zur Wahl 2008 gewannen sie 64 Sitze hinzu und stellen die größte Republikanische Fraktion seit 1946 (mittlerweile mit 240 von 435 Abgeordneten<sup>1</sup>); die Demokraten schrumpften von 257 auf 193 Mandate. Damit konnten die Republikaner einen außerordentlichen Erfolg verzeichnen, denn die durchschnittliche Zahl an verlorenen Sitzen der Partei des amtierenden Präsidenten betrug von 1910 bis 2006 29,6.<sup>2</sup> Im Senat konnte die Republikanische Partei ebenfalls signifikante Zugewinne verbuchen, allerdings gelang es ihr hier nicht, eine Mehrheit der 100 Sitze zu erringen. Zwar konnten sie sechs zusätzliche Mandate erobern, mit nunmehr 47 sind sie jedoch vier Sitze von der Mehrheit entfernt.<sup>3</sup>

Es ist nicht ungewöhnlich, dass die Partei des amtierenden Präsidenten bei Zwischenwahlen an Kongressmandaten einbüßt: In den letzten 76 Jahren verlor sie nur dreimal keine Sitze.<sup>4</sup> Doch der Wahlausgang 2010 fiel für die Demokraten so negativ aus wie lange nicht. Der vor der Wahl von den Demokraten befürchtete „republikanische Tsunami“<sup>5</sup>, bei dem mehr als 70 oder gar 80 Sitze hätten verloren gehen können, ist allerdings ausgeblieben. Insgesamt ist das Pendel, das in den beiden Kongresswahlen 2006 und 2008 zugunsten der Demokraten ausgeschlagen war, zurückgeschwungen.<sup>6</sup> Die Demokraten sind gewissermaßen Opfer ihres eigenen Erfolgs geworden, denn bei den beiden letzten Kon-

- 1 In einer Nachwahl in New York verloren die Republikaner inzwischen einen Sitz an die Demokraten. Der Sitz eines nach der Wahl zurückgetretenen Abgeordneten aus Nevada ist hingegen noch nicht wieder besetzt.
- 2 Vgl. *Andrew E. Busch*, The 2010 Midterm Elections: An Overview, in: *The Forum*, 8. Jg. (2010), H. 4, S. 1.
- 3 Bei einem ausgeglichenen Senat von 50 zu 50 Sitzen hätte der amtierende Vizepräsident die entscheidende 101. Stimme. Mindestens bis zur Wahl im Jahre 2012 wird dies *Joseph Biden* von den Demokraten sein. Die Republikaner müssten also, um die Mehrheit zu übernehmen, auf 51 Sitze kommen.
- 4 *Franklin Delano Roosevelt* gelang es bei den Zwischenwahlen von 1934, keine Mandate einzubüßen, ebenso *Bill Clinton* während der Impeachment-Beratungen 1998 und *George W. Bush* 2002 bei den ersten Zwischenwahlen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Vgl. *Andrew E. Busch*, a.a.O. (Fn. 2), S. 2.
- 5 *Martin Klings*, US-Wahlergebnis: Amerika ist tief gespalten, in: *Der Tagesspiegel* vom 3. November 2010.
- 6 Vgl. *Matt Bai*, Another Election, Another Wave, in: *The New York Times* vom 3. November 2010, S. 3.

gresswahlen hatten sie in Regionen und Wahlkreisen Erfolge gefeiert, die zuvor jahrelang, zum Teil jahrzehntelang, von Politikern der Republikanischen Partei dominiert waren. Ungefähr die Hälfte der jetzigen Verluste bedeuten somit nichts anderes als „die Rückkehr zur Normalität“<sup>7</sup>. Dennoch stellt sich die Frage, wie es zu dieser deutlichen Niederlage kommen konnte. Zusammenfassend lassen sich vier Faktoren ausmachen: Erstens waren die Kongressmitglieder der Demokratischen Partei aufgrund der großen und weit reichenden Erfolge von 2006 und 2008 besonders gefährdet; zweitens profilierten sich die Republikanischen Kongressabgeordneten und ihre Wähler durch erbitterten Widerstand gegen die politische Agenda von Präsident *Barack Obama* und der Demokratischen Mehrheiten im Kongress. Zugleich gelang es ihnen drittens, die in der Regel von lokalen und regionalen Themen dominierte Wahl zu nationalisieren; viertens war schließlich die Tatsache entscheidend, dass Präsident *Obama* und seine Parteikollegen auf dem Capitol Hill es im Wahlkampf nicht vermochten, die – insgesamt beträchtlichen – legislativen Erfolge des 111. Kongresses einer breiten Öffentlichkeit besser zu erläutern und dafür um Zustimmung zu werben.<sup>8</sup> Damit war das Wahlergebnis zugleich eine Niederlage für den Präsidenten, der zwar nicht zur Wahl stand, aber trotzdem für die aktuelle wirtschaftliche Situation verantwortlich gemacht wurde.

### 1. Die Ausgangslage

Die Abgeordneten und Senatoren der Demokratischen Partei befanden sich zu Beginn des 111. Kongresses in einer komfortablen Situation. Im Repräsentantenhaus verfügten sie über eine Mehrheit von 257 zu 178 Sitzen. Im Senat hatten sie nach der knappen Konstellation von 51 zu 49 Mandaten im 109. Kongress nunmehr eine deutliche Mehrheit von 59 zu 41 Sitzen. Nach der Wahl ging die *Obama*-Administration zusammen mit den Parteiführern der Demokraten in Repräsentantenhaus und Senat daran, die im Wahlkampf angekündigte anspruchsvolle Agenda umzusetzen. Hierfür fanden sie unterschiedliche Ausgangsbedingungen. Während das Repräsentantenhaus sehr stark majorz-orientiert ist und den Verantwortlichen effektive Instrumente zur Durchsetzung von legislativen Vorhaben an die Hand gibt, sind die Parteiführer im Senat weitgehend vom Wohlwollen der anderen Senatoren abhängig, die den parlamentarischen Prozess verzögern und unter Umständen sogar blockieren können. Im präsidentiellen Regierungssystem können sich die Parteiführer im Parlament bei sachpolitischen Fragestellungen im Gegensatz zu personellen Entscheidungen nicht auf die unbedingte Parteidisziplin der eigenen Abgeordneten verlassen. Auch deshalb hatte Präsident *Obama* Schwierigkeiten, trotz großer Mehrheiten der eigenen Partei in beiden Kammern des Kongresses zentrale Gesetzgebungsvorhaben durchzubringen. Hinzu kam, dass bis März 2009 im für die Wirtschaftskrise einschlägigen Finanzministerium von 15 Schlüsselstellen nur eine besetzt war. Innerhalb der ersten 100 Tage der *Obama*-

7 *Christoph von Marschall*, Barack Obama: Ein US-Präsident ohne Mehrheit, in: Der Tagesspiegel vom 4. November 2010; vgl. auch *Michael Tomasky*, The Elections: How Bad for Democrats?, in: The New York Review of Books vom 28. Oktober 2010.

8 Vgl. *Gary C. Jacobson*, The Republican Resurgence in 2010, in: Political Science Quarterly, 126. Jg. (2011), H. 1, S. 27 – 52, S. 27 f.

Administration konnten nur zehn Prozent der Stellen besetzt werden.<sup>9</sup> *Obama* stützte sich bei der Aufstellung seiner Regierungsmannschaft auf „die Besten der Washington-Insider“<sup>10</sup> und versuchte damit, Fehler seiner Demokratischen Amtsvorgänger *Jimmy Carter* und *Bill Clinton* zu vermeiden, die mit Washington nicht vertraute Mitarbeiter geholt hatten, die dann „an dem schwierigen politischen Terrain der Hauptstadt gescheitert“<sup>11</sup> seien. Personell setzte er auf Kontinuität: „Anstatt eines Wechsels gab es *business as usual* mit einer Mischung aus seiner ‚Chicago Gang‘ und Ex-Mitarbeitern *Clintons* und *Bushs*.“<sup>12</sup>

Eine zentrale Rolle spielte die thematische Gemengelage im Wahlkampf. Die Kongresswahlen 2010 standen unter dem Eindruck einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise, die entsprechend negative Konsequenzen für den Arbeitsmarkt zeitigte. Der Wahlkampf fand zur Zeit der größten Rezession seit den 1920er Jahren statt; im Oktober 2010 betrug die Arbeitslosigkeit 9,6 Prozent.<sup>13</sup> Kurz vor den Wahlen hießen 45 Prozent der befragten Amerikaner die Wirtschaftspolitik des Präsidenten für gut. Dieser Wert lag etwas niedriger als der Durchschnitt von Präsidenten in Zwischenwahlen (52 Prozent), war aber etwa vergleichbar mit den Werten für *Ronald Reagan* 1982 (42 Prozent), *Bill Clinton* 1994 (48 Prozent) und *George W. Bush* 2006 (38 Prozent).<sup>14</sup>

Besonders stark ausgeprägt war die Antipathie konservativer Wähler gegenüber Präsident *Obama*, gipfelnd in der weit verbreiteten These, er sei gar nicht in den USA geboren und somit nicht rechtmäßig im Amt.<sup>15</sup> In Anlehnung an den „Contract With America“ aus dem Wahlkampf 1994 präsentierten die Republikaner im Herbst 2010 ein 45seitiges Wahlprogramm „Pledge With America“ und damit einen Aktionsplan, der nicht wie 1994 spezifische Forderungen aufstellte, sondern eher grundlegende konservative Prinzipien auflistete.<sup>16</sup> Den Republikanern ist es damit weitgehend gelungen, die Kongresswahlen 2010 zu einem Referendum über den Präsidenten sowie die Demokratische Mehrheit in beiden Kammern des Kongresses und speziell über die Wirtschaftspolitik der Demokraten zu ma-

- 9 Vgl. *Philipp Schläger*, *Der entzauberte Präsident. Barack Obama und seine Politik*, Berlin 2010, S. 11 (mit weiteren Nachweisen).
- 10 *David Brooks*, *The Insider's Crusade*, in: *The New York Times* vom 21. November 2008, S. 35.
- 11 *Philipp Schläger*, a.a.O. (Fn. 9), S. 10.
- 12 Ebenda, S. 9 (Hervorhebung im Original).
- 13 Vgl. *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 30. Damit wurde 2010 die höchste Arbeitslosigkeit in einem Wahljahr seit 1982 verzeichnet; vgl. *Andrew E. Busch*, a.a.O. (Fn. 2), S. 3.
- 14 Vgl. *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 30; vgl. weiterführende Zahlen in *ders.*, *Obama and the Polarized Public*, in: *James A. Thurber* (Hrsg.), *Obama in Office. The First Two Years*, London 2011, S. 19 – 40.
- 15 In einer Umfrage der *New York Times* und *CBS News* im April 2010 gaben 32 Prozent der befragten Republikaner und 30 Prozent der Tea Party-Anhänger an, dass sie überzeugt seien, dass *Obama* außerhalb der USA geboren sei, lediglich 41 Prozent meinten, dass er Amerikaner sei. Zur gleichen Zeit ergab eine andere Studie, dass 31 Prozent der Republikaner glaubten, dass *Obama* ein Muslim sei. Vgl. *CBS News*, Polls: ‚Birther‘ Myth Persists Among Tea Parties, All Americans, 15. April 2010, [http://www.cbsnews.com/8301-503544\\_162-20002539-503544.html](http://www.cbsnews.com/8301-503544_162-20002539-503544.html) (Abruf am 30. November 2010); *Pew Survey Report*, Growing Number of Americans Say Obama Is Muslim, 18. August 2010, <http://pewforum.org/Politics-and-Elections/Growing-Number-of-Americans-Say-Obama-is-a-Muslim.aspx> (Abruf am 20. Februar 2011).
- 16 Vgl. *David M. Herszenhorn*, G.O.P. Cites Tax Cuts and Health Care as Main Focus, in: *The New York Times* vom 23. September 2010, S. 1; der gesamte Text des Dokuments kann gefunden werden unter: [http://graphics8.nytimes.com/packages/pdf/politics/20100922\\_REPUBS.pdf](http://graphics8.nytimes.com/packages/pdf/politics/20100922_REPUBS.pdf) (Abruf am 29. April 2011).

chen. So gaben in Umfragen 56 Prozent der Befragten an, ihre Entscheidung in den Kongresswahlen sei ein Votum für beziehungsweise gegen den Präsidenten. Dies ist der höchste je gemessene Wert für diese Frage.<sup>17</sup>

Die Republikaner vermochten ihre Basis stärker zur Stimmabgabe zu bewegen als die Demokraten. 41 Prozent der Wählerschaft bezeichneten sich in Nachwahlumfragen als konservativ – ein Anstieg um neun Punkte im Vergleich zur vorhergehenden Zwischenwahl von 2006.<sup>18</sup> Insbesondere bei den Anhängern der Tea Party konnte eine hohe Mobilisierung verzeichnet werden.<sup>19</sup> Zu Hilfe kam den Republikanern, dass sich führende Strategen der Partei nach der Niederlage von 2008 – nicht zuletzt unter dem Druck der Tea Party-Bewegung<sup>20</sup> – schnell auf programmatische Grundsätze verständigten: „After their defeat in 2008, Republicans quickly reached a consensus on the cause: voters had punished them, not because they had been too conservative, but rather because they hadn’t been conservative enough. They had come to Washington to cut spending and limit government, but under *George W. Bush*, they concluded, they had become the reverse – a party that used government programs to cement its majority. (...) By the time *Obama* took the oath of office, Republicans had decided to return to their ancestral faith – the straight and narrow path of limited government.”<sup>21</sup>

Als die Wirtschafts- und Finanzkrise im Herbst 2008 einen ersten Höhepunkt erreichte, erarbeitete das Weiße Haus – damals noch unter Präsident *George W. Bush* – zusammen mit Demokraten und Republikanern einen überparteilichen, mit 700 Milliarden US-Dollar bezifferten Plan, das „Troubled Asset Relief Program“ (TARP). Da dieses Programm gerade die Institutionen des Finanzmarktes zu stärken schien, die nach verbreiteter Meinung die Krise verursacht hatten, war es in der breiten Bevölkerung nicht populär. Achtzehn Monate später war nur eine Minderheit der Amerikaner überzeugt, dass TARP eine noch größere Krise verhindert habe: „TARP may have succeeded as policy, but it certainly failed as politics. Notice also that by summer of 2010, more people believed that TARP was *Obama’s* program than remembered it had been *Bush’s* idea.”<sup>22</sup>

*Obamas* erste große eigene Initiative war der „American Recovery and Reinvestment Act of 2009“, ein Stimulus-Paket in Höhe von 787 Milliarden US-Dollar (später: 814 Milliarden), das Steuererleichterungen und -anreize vorsah, mehr Gelder für wohlfahrtsstaatliche Programme wie die Arbeitslosenunterstützung bereit stellte und Investitionen in Infrastrukturprojekte, Bildung und den Gesundheitssektor beinhaltete. Da das Paket ausgehandelt wurde, als *Obama* noch gar nicht vereidigt war, überließ er die Detailberatungen den Demokraten im Kongress – eine Strategie, auf die er auch bei späteren Gesetzesvorhaben zu-

17 Vgl. *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 34 f.

18 Pew Research Center, A Clear Rejection of the Status Quo, No Consensus about Future Policies, 3. November 2010, <http://pewresearch.org/pubs/1789/2010-midterm-elections-exit-poll-analysis> (Abruf am 7. November 2010).

19 Details bei *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 31 – 34.

20 Zum Profil und Einfluss der heterogenen Tea Party-Bewegung vgl. den Beitrag von *Henrik Gast* und *Alexander Kühne* in diesem Heft.

21 *William A. Galston*, President *Barack Obama’s* First Two Years. Policy Accomplishments, Political Difficulties, Brookings Institution, Washington D.C. 2010, [http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2010/1104\\_obama\\_galston/1104\\_obama\\_galston.pdf](http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2010/1104_obama_galston/1104_obama_galston.pdf) (Abruf am 4. November 2010), S. 4.

22 *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 43.

rückgriff: Der Präsident gibt zunächst allgemeine Ziele vor, die von den Parteiführern und Fachexperten im Kongress dann konkretisiert und operationalisiert werden. Zeichnet sich am Ende ein knappes Ergebnis ab, schaltet sich das Weiße Haus ein und betreibt gegenüber unentschlossenen und kritisch eingestellten Abgeordneten der eigenen Fraktionen intensive Überzeugungsarbeit.<sup>23</sup>

Im Februar 2009 brachten die Demokraten die Vorlage erfolgreich durch den Kongress. Im Repräsentantenhaus stimmte trotz vielfacher Bemühungen *Obamas* kein einziger Republikaner für die Vorlage, im Senat votierten drei Republikanische Mitglieder für den Plan. Hatte *Obama* noch darauf gehofft, für seine Stimulus-Vorlage auf Stimmen moderater Republikaner zählen zu können, präsentierte die House Republican Economic Recovery Working Group einen Plan, der es den Republikanischen Abgeordneten erlaubte, sich hinter einer eigenen Vorlage zu versammeln und somit als „Party of No“<sup>24</sup> gegen *Obamas* Entwurf stimmen zu können. Laut Congressional Budget Office (CBO) sorgte dieses Paket für ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 4,5 Prozent und sicherte 3,3 Millionen Arbeitsplätze.<sup>25</sup> Dennoch war die öffentliche Einschätzung negativ, da im November 2010 die Arbeitslosenquote mit 9,6 Prozent deutlich höher lag als zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Programms (8,2 Prozent).

Die wichtigste legislative Leistung des 111. Kongresses – und die Erfüllung eines der zentralen Wahlkampfversprechen *Obamas* – war die am 22. März 2010 von ihm unterzeichnete Gesundheitsreform, von ihren Kritikern als „Obamacare“<sup>26</sup> bezeichnet. Während ihre praktischen Konsequenzen noch nicht beurteilt werden können, waren die politischen Effekte sofort spürbar: Mehr Amerikaner lehnten zentrale Elemente der Reform ab, als sich dafür aussprachen.<sup>27</sup> Besonders auffällig war, dass sich neben den Republikanern (87 Prozent) auch mehrheitlich die Unabhängigen (58 Prozent) gegen die Reform wandten. Die Realisierung von *Obamas* zentralem Gesetzgebungsprojekt hatte also direkte Konsequenzen für seine Unterstützung durch die unabhängigen Wähler.<sup>28</sup> Insgesamt gab es von den großen verabschiedeten Gesetzesinitiativen *Obamas* nur eine einzige, die mehrheitlich auf Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung stieß: die Reform der Regulierung der Finanzmärkte.<sup>29</sup>

In den Nachwahlumfragen gaben 62 Prozent der Wähler an, das Thema Wirtschaft sei für ihre Stimmabgabe entscheidend gewesen. Zwar war die Bevölkerung noch im Juli 2010

23 Vgl. für unterschiedliche Beispiele *John E. Owens*, „Post-Partisan“ President in a Partisan Context, in: *James A. Thurber* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 14), S. 107 – 126, S. 114 – 125.

24 *Peter Boyer*, House Rule. Will John Boehner control the Tea Party Congress?, in: *The New Yorker* vom 13. Dezember 2010.

25 Congressional Budget Office, Estimated Impact of the American Recovery and Reinvestment Act on Employment and Economic Output From April 2010 Through June 2010, August 2010, <http://www.cbo.gov/ftpdocs/117xx/doc11706/08-24-ARRA.pdf> (Abruf am 29. April 2011); dort sind auch weitere Berichte einsehbar.

26 Vgl. zum Beispiel *Ramesh Ponnuru*, The Fatal Flaw of Obamacare, in: *Time* vom 17. August 2009.

27 Vgl. detaillierte Zahlen bei *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 46 f.

28 Vgl. ebenda, S. 47. Der Republikanische Senator *Jim DeMint* äußerte diesbezüglich: „If we’re able to stop *Obama* on this, it will be his Waterloo.“ (ebenda, S. 46). Für eine detaillierte Übersicht zu *Obamas* Gesetzesvorhaben und deren Schicksal auf Capitol Hill vgl. die beiden Tabellen 7.1 und 7.2 in *John E. Owens*, a.a.O. (Fn. 23), S. 115 f.

29 Vgl. mit weiteren Zahlen *William A. Galston*, a.a.O. (Fn. 21), S. 9.

zu einem Drittel der Überzeugung, Präsident *Bush* sei für die schlechte Wirtschaftslage verantwortlich, trotzdem schätzten sie *Obamas* Bemühungen auf diesem Politikfeld als schlecht ein.<sup>30</sup> Hier war der Präsident eindeutig in der Defensive. Statt auf die Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze beziehungsweise auf die gute Wirtschaftslage verweisen zu können, mussten er und die Demokraten negativ argumentieren: Mit dem Stimulus und anderer Maßnahmen seien viele Arbeitsplätze erst gar nicht weggefallen. *Obama* sieht sich selbst als „extremen Pragmatiker“<sup>31</sup>. „Wer allerdings mehr als eine atmosphärische Verbesserung erwartet hatte, wurde enttäuscht. Anstatt eines Neuanfangs und fundamentalen Wandels führte *Obamas* Politik auf nahezu allen Politikfeldern zu einer Stabilisierung des Status Quo. ‚Hope‘ und ‚Change‘ sehen anders aus.“<sup>32</sup>

Am folgenreichsten war die Kollision seiner Wunsch-Agenda mit der Notwendigkeits-Agenda, wie es *William A. Galston* beschrieb: „Once elected, *Obama* in fact had not one but two agendas – the agenda of choice on which he had run for president and the agenda of necessity that the economic and financial collapse had forced upon him. (...) Denying any conflict between these agendas, he opted to pursue both simultaneously.“<sup>33</sup> Zugleich zeigt die Amtszeit *Obamas* die Schwierigkeit, die „permanent campaign“<sup>34</sup> auf das Regierungshandeln zu übertragen. Die Begeisterung vieler Anhänger aus dem Wahlkampf konnte nicht in das Regierungshandeln hinübergerettet werden. Zugleich wurde *Obama* kritisiert, dass er es nicht vermocht habe, einzelne konkrete Initiativen mit grundlegenden und durchtragenden Motiven zu verknüpfen. So bemängelten frühere Mitarbeiter, dass es für Reformen mehr brauche „als Gesetzentwürfe, Verhandlungen mit dem Kongress und freundliches Lobbying“<sup>35</sup>. Hinzu kam die Fehleinschätzung, dass im Sinne eines „spill over“-Effekts Erfolg weiteren Erfolg zeitigt. Stattdessen mussten für jede neue Maßnahme mühsam neue Ressourcen erschlossen werden. Außerdem erwies sich die Hoffnung als vorzeitig, die tiefgreifende Wirtschafts- und Finanzkrise würde den politischen Verantwortlichen die Chance eröffnen, grundlegenden Wandel auch auf anderen Politikfeldern einleiten zu können.<sup>36</sup>

Insgesamt habe man, den Worten *Obamas* selbst zufolge, die inhaltliche Dimension der eigenen – richtigen – Politik betont und das Verkaufen dieser Politik vernachlässigt, gewissermaßen der „Entscheidungspolitik“ den unbedingten Vorrang gegenüber der „Darstellungspolitik“<sup>37</sup> gegeben. In der Exekutive sei die „Politics of Agenda Management“<sup>38</sup> falsch eingeschätzt worden: „We probably spent much more time trying to get the policy right than trying to get the politics right. There is probably a perverse pride in my administration

30 Vgl. *Gary C. Jacobson*, *Obama and the Polarized Public*, a.a.O. (Fn. 14), S. 35, vgl. auch Tabelle 2 und 3 auf S. 33.

31 *Jonathan Alter*, *The Promise. President Obama, Year One*, New York 2010, S. 146.

32 *Philipp Schläger*, a.a.O. (Fn. 9), S. 22.

33 *William A. Galston*, a.a.O. (Fn. 21), S. 6.

34 *Norman Ornstein* / *Thomas Mann*, *The Permanent Campaign and Its Future*, Washington D.C. 2000.

35 *Peter Dreier* / *Marshall Ganz*, *We Have the Hope. Now where's the Audacity?*, in: *The Washington Post* vom 30. August 2009; ähnlich *William A. Galston*, a.a.O. (Fn. 21), S. 5.

36 Vgl. *William A. Galston*, a.a.O. (Fn. 21), S. 8 f.

37 *Karl-Rudolf Korte* / *Gerhard Hirscher* (Hrsg.), *Darstellungspolitik oder Entscheidungspolitik. Über den Wandel von Politikstilen in westlichen Demokratien*, München 2000.

38 *William A. Galston*, a.a.O. (Fn. 21), S. 7.



(...) that we were going to do the right thing, even if short-term it was unpopular. (...) I think anybody who's occupied this office has to remember that success is determined by an intersection in policy and politics and that you can't be neglective of marketing and P.R. and public opinion.”<sup>39</sup>

## 2. Wahlergebnis und Wahlverhalten

Die Niederlage der Demokratischen Partei vom November 2010 war im Hinblick auf das Repräsentantenhaus historisch. Im Senat dagegen fielen die Verluste nicht so dramatisch wie befürchtet aus.

### 2.1. Repräsentantenhaus

Im Vergleich zur Wahl 2008 verloren die Demokraten 64 Sitze im Repräsentantenhaus – der größte Verlust einer Partei seit der Präsidentschaft *Harry Trumans*. Im Jahre 1994, als die Republikaner nach vierzig Jahren erstmals wieder die Mehrheit im Repräsentantenhaus übernahmen, betrug die Zahl der eingebüßten Sitze für die Demokraten „nur“ 52.

**Tabelle 1: Zusammensetzung des Repräsentantenhauses seit den Kongresswahlen 1994 (in Sitzen)\***

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995-1997)	230	204
1996	105. (1997-1999)	228	206
1998	106. (1999-2001)	223	211
2000	107. (2001-2003)	221	212
2002	108. (2003-2005)	229	205
2004	109. (2005-2007)	233	202
2006	110. (2007-2009)	202	233
2008	111. (2009-2011)	178	257
2010	112. (2011-2013)	242**	193**

\* Die Anzahl der Sitze gibt das jeweilige Wahlergebnis aus dem November wieder. Aufgrund von Tod, Rücktritt oder Parteiübertritt eines Abgeordneten und gegebenenfalls damit verbundenen Nachwahlen ist die Zusammensetzung während einer Legislaturperiode Schwankungen unterlegen.

\*\* Nach den Wahlen 2010 verloren die Republikaner am 11. Februar 2011 durch Rücktritt den Abgeordneten *Chris Lee* im 26. Wahlkreis in New York. Dieser Sitz wird seit der Nachwahl am 24. Mai 2011 durch die Demokratin *Kathy Hochul* besetzt. Die Sitze der am 28. Februar und 9. Mai 2011 zurückgetretenen *Jane Harman* (Demokratin, 36. Wahlkreis in Kalifornien) und *Dean Heller* (Republikaner, 2. Wahlkreis in Nevada) sind noch nicht wieder besetzt („vacancies“); vgl. [http://clerk.house.gov/member\\_info/vacancies.aspx](http://clerk.house.gov/member_info/vacancies.aspx) (Abruf am 8. Juni 2011).

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach: Clerk of the House, House of Representatives, [http://artandhistory.house.gov/house\\_history/partyDiv.aspx](http://artandhistory.house.gov/house_history/partyDiv.aspx) (Abruf am 21. April 2011).

39 *Peter Baker*, Education of a President, in: The New York Times Magazine vom 17. Oktober 2010, S. 40.

Dass die Republikaner 2010 so viele Sitze gewinnen konnten, ist umso bemerkenswerter, als im Repräsentantenhaus nur ein kleiner Teil der Mandate wirklich umkämpft ist. Für gewöhnlich geht man von etwa drei Dutzend kompetitiver Wahlkreise aus, im Jahr 2008 sollen es jedoch insgesamt 99 gewesen sein. Aufgrund des umfangreich praktizierten Gerrymandering<sup>40</sup> steht in einem Großteil der Wahlkreise bereits vor der Wahl fest, an welche Seite der Sitz geht.<sup>41</sup> Fünfzehn der von den Republikanern hinzugewonnenen Sitze liegen in sehr konservativ ausgerichteten Wahlkreisen.<sup>42</sup> Für die Demokraten wird es sehr schwer, diese in zukünftigen Wahlen zurückzuerobern, wenn eine ähnlich starke Mobilisierung wie im Jahre 2008 zu ihren Gunsten ausbleiben sollte.

Bei den Demokraten mussten vor allem die so genannten Blue Dogs Verluste hinnehmen. Die Blue Dogs stehen für eine fiskalpolitisch wie gesellschaftlich eher konservativ orientierte Politik. Bei den Wahlen im November 2010 verloren sie im Repräsentantenhaus mit 28 ihrer 54 Abgeordneten gut die Hälfte ihrer Vertreter.<sup>43</sup> Neben der New Democrat Coalition und dem Congressional Progressive Caucus stellen die Blue Dogs für gewöhnlich die dritte innerparteilich bedeutsame Gruppe im Repräsentantenhaus.

Unter den Demokratischen Abgeordneten verloren bei den Wahlen im November 2010 mehrere langgediente Abgeordnete ihren Wahlkreis, so etwa der Vorsitzende des Haushaltsausschusses *John Spratt* aus South Carolina (28 Jahre Amtszeit), der Vorsitzende des Verkehrsausschusses *Jim Oberstar* (36 Jahre) und der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses *Ike Skelton* (34 Jahre).

Zum Speaker des Repräsentantenhauses wurde am 3. Januar 2011 der Republikaner *John Boehner* (Ohio) gewählt. Für *Boehner* war dies der zweite Anlauf zu einem hohen Posten in der Führungsriege der Republikaner. Bereits 1994 wurde er in seiner dritten Amtszeit im Repräsentantenhaus Vorsitzender der Republican Conference und damit Inhaber der vierthöchsten Position seiner Partei im Repräsentantenhaus. Nach dem Publikwerden eines (gescheiterten) Putschversuchs gegen den damaligen Speaker *Newt Gingrich* nach der Wahl 1998 verlor *Boehner* sein Amt an den Abgeordneten *J. C. Watts* (R-OK). *Eric Cantor* (Virginia) ist der neue Mehrheitsführer (Majority Leader) der Republikaner, *Kevin McCarthy* (Kalifornien) fungiert als Parlamentarischer Geschäftsführer (Majority Whip).

Auf Demokratischer Seite hat die Vorgängerin *Boehners* im Amte des Speakers, *Nancy Pelosi*, für viele Beobachter überraschend nicht Platz für nachrückende Fraktionskollegen gemacht, sondern sich zur Minderheitsführerin (Minority Leader) wählen lassen – ein Amt, das sie bereits vor ihrer Zeit als Speaker von 2003 bis 2007 ausgefüllt hat.<sup>44</sup> *Steny Hoyer* (Maryland) ist nach vier Jahren als Mehrheitsführer (Majority Leader) nun wieder Minority Whip – er hatte diesen Posten ebenfalls bereits von 2003 bis 2007 inne.

40 Damit ist das teilweise willkürliche Zuschneiden von Wahlkreisen zum Vorteil einer Partei gemeint.

41 Vgl. *Roger H. Davidson / Walter J. Oleszek*, Congress and Its Members, Washington D.C. 2000, S. 51 – 56.

42 Vgl. *John McArdle*, GOP Strategy Targeted 2010 for Realignment, in: Roll Call vom 4. November 2010.

43 Vgl. *Jonathan Allen*, Blue Dog Wipeout: Half of Caucus Gone, in: Politico.com, 3. November 2010, [http://www.politico.com/blogs/glennthrush/1110/Blue\\_Dog\\_wipeout\\_Half\\_of\\_caucus\\_gone.html](http://www.politico.com/blogs/glennthrush/1110/Blue_Dog_wipeout_Half_of_caucus_gone.html) (Abruf am 20. Januar 2011).

44 Vgl. *Carl Hulse*, House Democrats Re-Elect Pelosi as Their Leader, in: The New York Times vom 17. November 2010.



## 2.2. Senat

Die Wahlen von 2006 und 2008 hatten der Demokratischen Partei im Senat die größte Mehrheit einer Partei seit 1976 beschert.<sup>45</sup> In sechs Bundesstaaten – und damit in doppelt so vielen wie durchschnittlich die Minderheitspartei seit 1910 gewinnen konnte – eroberten die Republikaner 2010 ehemals von den Demokraten gehaltene Sitze: Illinois, Pennsylvania, Wisconsin, Arkansas, North Dakota und Indiana. Tabelle 2 zeigt die Sitzverteilung im Senat seit den Kongresswahlen im Jahre 1994, als die Republikaner erstmals seit 1987 wieder die Mehrheit übernehmen konnten.

Die Demokraten konnten 2010 die Mehrheit im Senat zwar behaupten, aber sie verfügen – anders als zu Beginn des 111. Kongresses – über keine „Supermehrheit“<sup>46</sup> von 60 Sitzen mehr, die es ihnen ermöglichte, Filibuster zu beenden beziehungsweise zu verhindern.<sup>47</sup> Unter einem Filibuster versteht man eine Dauerrede, mit der der parlamentarische Prozess im Senat blockiert, zumindest aber verzögert werden kann. Um also im aktuellen Kongress legislative Vorhaben durchzubringen, sind die Führer der Demokratischen Fraktion stärker als zuvor auf die Kooperation moderat eingestellter Senatoren auf Seiten der Republikaner angewiesen.<sup>48</sup>

Außerordentlich bemerkenswert war der Senatswahlkampf in Alaska. Hier hatte die im Dezember 2002 von ihrem Vater *Frank Murkowski*, Gouverneur von Alaska, ernannte und im Jahr 2004 in einer Wahl bestätigte Amtsinhaberin *Lisa Murkowski* die Vorwahl gegen den von der Tea Party und der früheren Gouverneurin *Sarah Palin* unterstützten Herausforderer *Joe Miller* verloren. In der Hauptwahl startete sie jedoch eine so genannte Write-In-Kampagne, in der sie dazu aufrief, ihren Namen auf den Wahlzettel zu schreiben (in einigen Bundesstaaten wie Alaska ist dieses Vorgehen rechtlich möglich). Dies taten so viele Wähler, dass *Murkowski* sich am Ende sowohl gegen *Miller* als auch gegen den Demokratischen Kandidaten *Scott McAdams* durchsetzen konnte.<sup>49</sup> Seit 1954, als *Strom Thurmond* (R) in South Carolina gewinnen konnte, war es zuvor keinem Write-In-Kandidaten gelungen, auf Bundesebene eine Wahl zu gewinnen.

45 Vgl. *Terence Samuel*, *The Upper House. A Journey Behind the Closed Doors of the U.S. Senate*, New York 2010, S. 21.

46 *Barbara Sinclair*, *Congressional Leadership in Obama's First Two Years*, in: *James A. Thurber* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 14), S. 89 – 106, S. 105.

47 Dass die Verluste der Demokraten im Senat nicht so stark ausgefallen sind wie im Repräsentantenhaus, liegt auch daran, dass die in den starken Wahljahren 2006 und 2008 gewählten Demokratischen Senatoren aufgrund der sechsjährigen Amtszeit erst 2012 und 2014 wieder zur Wahl stehen; ein ähnlicher Zyklus ließ sich bei den Wahlen von 1966 beobachten, als die Republikaner 47 Sitze im Repräsentantenhaus, aber nur vier Senatorenposten gewinnen konnten, oder 1974, als die Demokraten im Repräsentantenhaus 48 Sitze eroberten, aber nur fünf neue Senatoren nach Washington schicken konnten. Vgl. *Andrew E. Busch*, a.a.O. (Fn. 2), S. 5.

48 Die „Supermehrheit“ von 60 Sitzen hatten die Demokraten bereits im Januar 2010 verloren, als der Republikaner *Scott Brown* in einer Nachwahl in Massachusetts den Senatsitz des im August 2009 verstorbenen *Edward M. Kennedy* gewinnen konnte; vgl. zur aktuellen Diskussion über den Filibuster *George Packer*, *The Empty Chamber. Just How Broken is the Senate?*, in: *The New Yorker* vom 9. August 2010.

49 Vgl. *William Yardley*, *Murkowski Wins Alaska Senate Race*, in: *The New York Times* vom 18. November 2011, S. 16.

**Tabelle 2: Zusammensetzung des Senats seit den Kongresswahlen 1994 (in Sitzen)**

Wahljahr	Kongress	Republikaner	Demokraten
1994	104. (1995-1997)	52	48
1996	105. (1997-1999)	55	45
1998	106. (1999-2001)	55	45
2000	107. (2001-2003)	50 (49)	50 (50+1)*
2002	108. (2003-2005)	51	48+1
2004	109. (2005-2007)	55	44+1
2006	110. (2007-2009)	49	49+2
2008	111. (2009-2011)	41	57+2 (58+2)**
2010	112. (2011-2013)	47	51+2***

\* Die Demokraten fungierten dank Vizepräsident *Al Gore* in seiner Eigenschaft als Präsident des Senats bis zum 20. Januar 2001 als Mehrheitspartei. Mit Amtsantritt der *Bush*-Administration hatte Vizepräsident *Dick Cheney* die entscheidende 101. Stimme im Senat. Durch den Austritt des Senators *Jim Jeffords* (Vermont) aus der Republikanischen Fraktion und Partei übernahmen die Demokraten am 6. Juni 2001 erneut die Mehrheit. Vom 12. November 2002 bis zum 3. Januar 2003 stellten die Republikaner die Mehrheit.

\*\* Senator *Arlen Specter* wurde 2004 als Republikaner wiedergewählt, trat aber am 30. April 2009 zu den Demokraten über, so dass diese für einige Monate im 111. Kongress auf eine Mehrheit von insgesamt 60 Sitzen kamen.

\*\*\* Zwei Senatoren sind wie in den Wahlperioden zuvor Unabhängige, sie stimmen in der Regel mit den Demokraten.

Quelle: Website des US-Senats, [http://senate.gov/pagelayout/history/one\\_item\\_and\\_teasers/partydiv.htm](http://senate.gov/pagelayout/history/one_item_and_teasers/partydiv.htm) (Abruf am 21. April 2011).

In Kalifornien musste Senatorin *Barbara Boxer*, die bereits seit 1993 dem Senat angehört, gegen die frühere Managerin von Hewlett-Packard, *Carly Fiorina*, antreten. Letztere investierte insgesamt mehrere Millionen Dollar ihres privaten Vermögens in den Wahlkampf, unterlag am Ende aber mit 42,2 zu 52,2 Prozent deutlich.

In West Virginia konnte sich mit *Joe Manchin* der Gouverneur des Bundesstaates deutlich gegen den Republikaner *John Raese* durchsetzen. Für die Republikaner war dieses Duell von entscheidender Bedeutung, denn ohne West Virginia war eine Senatsmehrheit bei den Wahlen im November 2010 – selbst bei Erfolgen in anderen Bundesstaaten nicht möglich. *Manchin* wird bei seiner Wiederwahl eines der Hauptziele der Republikaner darstellen.

In Colorado verteidigte Senator *Michael Bennet* seinen Sitz mit 48,1 zu 46,4 Prozent knapp gegen seinen Republikanischen Herausforderer *Ken Buck*.<sup>50</sup> In Illinois verloren die Demokraten den früheren Senatssitz *Obamas*. Der Demokratische Kandidat *Alexi Giannoulas* unterlag mit 46,4 zu 48 Prozent gegen den Republikaner *Mark Steven Kirk*. Der nach *Obamas* Rücktritt als Senator berufene *Roland Burris* trat nicht wieder an. In Indiana gewann der frühere Senator (1989 bis 1999) und ehemalige Botschafter in Deutschland (2001 bis 2005) *Dan Coats* erneut einen Senatssitz.

In Pennsylvania siegt der Republikaner *Pat Toomey* gegen den Demokraten *Joe Sestak*, der in den Demokratischen Vorwahlen seinerseits den amtierenden Senator *Arlen Specter*

50 *Bennet* war am 3. Januar 2009 vom Gouverneur Colorados zum Nachfolger von Senator *Ken Salazar* berufen worden, der in das Kabinett von Präsident *Obama* gewechselt war, und wurde im November 2010 für seine erste Sechs-Jahres-Amtszeit gewählt.

besiegt hatte. *Specter* war bereits seit 1981 Mitglied des Senats und war erst im April 2009 von den Republikanern zu den Demokraten gewechselt.

In Delaware trat *Ted Kaufman*, der Nachfolger von *Joe Biden*, der am 20. Januar 2009 als Vizepräsident vereidigt worden war, nicht zur Wiederwahl an. Überraschenderweise verlor auf Republikanischer Seite der populäre und langjährig erfahrene Kongressabgeordnete *Mike Castle* in der Vorwahl gegen die weithin unbekannte *Christine O'Donnell*, die von der Tea Party unterstützt wurde. Nach einem erratischen Wahlkampf verlor *O'Donnell* die Wahl gegen den Demokraten *Chris Coons* mit 40 zu 56 Prozent deutlich.

In Nevada schien der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, *Harry Reid*, bereits vor dem politischen Aus zu stehen, als er im Herbst 2010 in Umfragen deutlich hinter seiner Herausforderin *Sharon Angle* zurücklag. In Washington wurde bereits über mögliche Nachfolger im Amt des Mehrheitsführers diskutiert, als es *Reid* am Wahltag doch gelang, überraschend deutlich die Wahl zu einer fünften Amtszeit zu gewinnen.<sup>51</sup>

*Reid* bleibt damit Mehrheitsführer der Demokraten, ein Amt das er bereits seit 2007 ausübt. Ihm zur Seite steht *Richard Durbin* (Illinois) als assistierender Mehrheitsführer. Minderheitsführer und damit Parteichef der Republikaner bleibt *Mitch McConnell* (Kentucky), unterstützt von *Jon Kyl* (Arizona). Eine lediglich formale Rolle kommt dem früheren Senator und heutigen Vizepräsidenten *Biden* zu, der zwar offiziell Präsident des Senats ist, sich aber aus dem Tagesgeschäft heraushält. Als rein organisatorisch, etwa auf die Leitung von Sitzungen und Debatten im Plenum des Senats beschränkt, ist das Amt des President Pro Tempore zu verstehen, das derzeit von Senator *Daniel K. Inouye* ausgeübt wird.

Insgesamt zeichnet sich im Kongress auf Basis der Wahlergebnisse vom November 2010 eine weitere Polarisierung ab. Die moderate Mitte in beiden Fraktionen ist kleiner geworden, die Abgeordneten auf beiden Seiten des Repräsentantenhauses sind als konservativer (bei den Republikanern) beziehungsweise linksliberaler (bei den Demokraten) einzuschätzen als in vorherigen Wahlperioden.<sup>52</sup> So ist die Zahl der „party votes“, bei denen eine Mehrheit der einen Partei gegen eine Mehrheit der anderen Partei stimmt, in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Im 110. Kongress (2007/2008) haben die Demokraten im Repräsentantenhaus zum Beispiel in 92 Prozent der Abstimmungen mit der eigenen Partei gestimmt, im Senat immerhin noch zu 87 Prozent.<sup>53</sup> Die Wahlen von 2010 dürften diesen Trend noch verschärfen. So verloren die Demokraten 61 der 123 Wahlkreise, die von Abgeordneten repräsentiert wurden, die politisch rechts des ideologischen Durchschnitts der Gesamtfraktion standen. Auf der anderen Seite verloren sie lediglich fünf Wahlkreise, deren Abgeordnete links dieses ideologischen Mittelwertes rangierten. Auf Seiten der Republika-

51 Vgl. *Adam Nagourney*, Harry Reid Keeps His Seat as Democrats Hold Senate, in: The New York Times vom 3. November 2010, S. 1; *Emily Pierce*, Reid Victory Energizes Democratic Conference, in: Roll Call vom 4. November 2010; vgl. zuvor *Raymond Hernandez* / *Jennifer Steinhauer*, As Reid Falts, Schumer Subtly Stands in the Wings, in: The New York Times vom 29. Oktober 2010, S. 1.

52 Vgl. The Economist, Vicious or Virtuous? America's Political System May Have Become Too Polarized to Produce Compromise vom 14. April 2011; *Michael Herson*, Parties Need to Bridge a Vast Political Divide, in: Roll Call vom 4. November 2010; vgl. grundsätzlich *Juliet Eilperin*, Fight Club Politics. How Partisanship is poisoning the House of Representatives, Lanham 2006, S. 71 – 88; *Joe Klein*, Die Stadt, die sich selbst fraß. Washingtons politische Kultur des hemmungslosen persönlichen Angriffs, in: Neue Rundschau, 110. Jg. (1999), H. 2, S. 70 – 88.

53 Zahlen des Congressional Quarterly, zitiert in: *Barbara Sinclair*, a.a.O. (Fn. 46), S. 91.

ner bekennen sich mindestens 66 der neu gewählten Abgeordneten zur Tea Party, die hinsichtlich spezifischer Policy-Positionen deutlich konservativer ausgeprägt ist als der Durchschnitt der Republikanischen Fraktion.<sup>54</sup>

Zur Wahl 2010 lagen die Demokraten 40 Sitze über ihrem Durchschnitt seit 1994. Da viele dieser Zugewinne in eher Republikanisch dominierten Wahlkreisen erfolgt waren, ist es nicht überraschend, dass auch genau hier zwei Drittel ihrer Verluste 2010 lagen.<sup>55</sup> So stammten im 111. Kongress 49 Abgeordnete der Demokratischen Fraktion im Repräsentantenhaus aus Wahlkreisen, die bei der Präsidentschaftswahl 2008 der Republikanische Kandidat *John McCain* für sich entscheiden konnte. Im Senat kamen 13 Demokraten aus Bundesstaaten, die *McCain* gewonnen hatte.<sup>56</sup> Die Schwierigkeit der Parteiführer bestand darin, diese Kongressmitglieder zu möglicherweise unbequemen Abstimmungen zu bewegen, ohne dass ihnen das Stimmverhalten die Wiederwahl erschweren würde.

Ausschlaggebend für den Wahlausgang war das Verhalten der unabhängigen Wähler („independents“). Sie stellten den Nachwahlauffragen zufolge etwa ein Drittel aller Wähler und bevorzugten die Kandidaten der Republikanischen Partei mit 18 Prozentpunkten Vorsprung, während bei der Wahl von 2008 der damalige Präsidentschaftskandidat *Barack Obama* die unabhängigen Wähler mit acht Punkten Vorsprung mehrheitlich für sich gewinnen konnte.<sup>57</sup>

2010 konnten die Republikanischen Kandidaten in 393 von 435 Wahlkreisen einen größeren Stimmenanteil als 2008 erzielen.<sup>58</sup> In der breiten Öffentlichkeit genossen sie aber keinen Vertrauensvorschluss: Während 53 Prozent der Befragten der Nachwahlauffragen von der Demokratischen Partei eher eine negative und nur 43 Prozent eine positive Meinung hatten, so waren die Werte mit 52 beziehungsweise 42 Prozent für die Republikaner ähnlich schwach.<sup>59</sup>

Drei Sitze konnten die Demokraten den Republikanern abnehmen, die ihrerseits 66 Mandate von den Demokraten eroberten. Regional betrachtet waren die Republikaner überall erfolgreich, außer in Demokratischen Hochburgen wie Massachusetts, Connecticut und Kalifornien.<sup>60</sup>

Das traditionelle „Gender Gap“ – wonach weibliche Wähler die Demokraten überproportional stark unterstützen – hat sich abgeschwächt. Die Demokraten verloren weiter bei weißen sowie bei älteren Wählern. Mehrheiten konnten sie bei jungen Wählern und Minderheiten verzeichnen, aber die Wahlbeteiligung dieser Gruppe war nicht besonders stark ausgeprägt: So machte die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen elf Prozent aller Wähler aus (2008: 18 Prozent; für Details vgl. Tabelle 3).

54 Gary C. Jacobson, *Obama and the Polarized Public*, a.a.O. (Fn. 14), S. 36.

55 Vgl. Gary C. Jacobson, a.a.O. (Fn. 8), S. 29 f.

56 Vgl. Barbara Sinclair, a.a.O. (Fn. 46), S. 92.

57 Die unabhängigen Wähler stimmten mit 55 zu 39 Prozent für die Republikaner, bei den Wahlen 2008 konnte *Obama* diese Wählergruppe mit 52 zu 44 Prozent für sich entscheiden. Bei den vorherigen Zwischenwahlen 2006 konnten die Demokraten diese Gruppe sogar mit 57 zu 39 Prozent gewinnen; vgl. Pew Research Center, *A Clear Rejection of the Status Quo*, a.a.O. (Fn. 18).

58 Vgl. Andrew E. Busch, a.a.O. (Fn. 2), S. 1.

59 Vgl. Pew Research Center, *A Clear Rejection of the Status Quo*, a.a.O. (Fn. 18).

60 Vgl. Andrew E. Busch, a.a.O. (Fn. 2), S. 1 ff.

**Tabelle 3: Wahlergebnisse 2006 und 2010 in ausgesuchten Wählergruppen (in Prozent)**

	2006			2010			Gewinn der Republikaner
	Wähleranteil	Rep.	Dem.	Wähleranteil	Rep.	Dem.	
Geschlecht							
Männer	49	47	50	47	55	42	+8
Frauen	51	43	55	53	48	49	+5
Alter							
18-29	12	38	60	11	40	56	+2
30-44	24	45	53	22	50	47	+5
45-64	44	45	53	44	52	46	+7
65-	19	49	49	23	58	40	+9
Parteizugehörigkeit							
Republikaner	36	91	8	36	95	4	+4
Demokrat	38	7	93	36	7	92	0
Unabhängig	26	39	57	28	55	39	+16
Quelle: Pew Research Center, A Clear Rejection of the Status Quo, a.a.O. (Fn. 18).							

Bei den ebenfalls am 2. November 2010 stattgefundenen Gouverneurswahlen konnten sich die Republikaner in umkämpften Staaten wie Ohio, Iowa, Illinois, Pennsylvania und Florida durchsetzen und Demokratische Amtsinhaber aus dem Amt drängen. Mittlerweile stellen die Republikaner 29 Gouverneure, die Demokraten 20 (ein Gouverneur ist als Unabhängiger gewählt worden). In den Parlamenten der Bundesstaaten konnten die Republikaner insgesamt 690 Sitze hinzugewinnen.<sup>61</sup>

### 3. Zusammensetzung des neuen Kongresses

Die durchschnittliche Verweildauer beträgt zu Beginn des 112. Kongresses 9,8 Jahre im Repräsentantenhaus, das entspricht 4,9 Amtszeiten. Der amtsälteste Abgeordnete ist *John Dingell* (D-MI), der inzwischen auf 55 Jahre im Kongress zurückschauen kann. Im Senat ist die Verweildauer mit 11,4 Jahren, also 1,9 Amtszeiten, etwas länger. Die längste weist hier Senator *Daniel K. Inouye* (D-HI) mit 48 Jahren auf. Übertroffen wird er dabei nur vom 2010 verstorbenen Senator *Robert C. Byrd* (D-WV), der auf eine Senatszeit von 51 Jahren kam, nachdem er zuvor bereits sechs Jahre Mitglied des Repräsentantenhauses gewesen war.

Das Durchschnittsalter im Senat beträgt 62,2 Jahre, im Repräsentantenhaus 56,7 Jahre. Diese Alterswerte liegen knapp unter dem Durchschnitt des 111., knapp über dem Durchschnitt des 110. Kongresses. Deutlich jünger sind die Kongressmitglieder, die erstmals gewählt wurden: Hier beträgt das Durchschnittsalter im Repräsentantenhaus 48,2 Jahre. Dieser Wert liegt um anderthalb Jahre unter dem Alter der neuen Abgeordneten zu Beginn des 111. Kongresses. Im Senat sind die neuen Mitglieder durchschnittlich 52,1 Jahre alt und

61 Vergrößert wurden diese Republikanischen Mehrheiten noch durch 25 Demokratische Abgeordnete in acht Bundesstaaten, die nach der Wahl ihren Übertritt zu den Republikanern erklärten. Vgl. *Andrew E. Busch*, a.a.O. (Fn. 2), S. 2.

damit fünf Jahre jünger als die neuen Senatoren zu Beginn des 111. Kongresses. Der jüngste Abgeordnete, *Aaron Schock* (R-IL) ist 29 Jahre alt, der älteste ist der 87-jährige *Ralph Hall* (R-TX). Das Mindestalter für einen Sitz im Repräsentantenhaus beträgt 25 Jahre. Im Senat liegt die Altersgrenze bei 30 Jahren. Hier ist der älteste Senator mit 87 Jahren *Frank Lautenberg* (D-NJ), der jüngste ist der 39-jährige *Mike Lee* (R-UT).<sup>62</sup>

Fast die Hälfte aller Senatoren, nämlich 49, kann auf eine frühere Tätigkeit im Repräsentantenhaus zurückblicken. Umgekehrt lässt sich dies nicht konstatieren: Kein Senator war bislang anschließend Mitglied des Repräsentantenhauses. Elf Senatoren waren zuvor Gouverneur eines Bundesstaates, mindestens 105 Kongressmitglieder (21 im Senat, 84 im Repräsentantenhaus) Mitarbeiter von Abgeordneten und/oder Ausschüssen des Kongresses.<sup>63</sup> 91 Abgeordnete des Repräsentantenhauses, also mehr als 20 Prozent aller Mitglieder, sind erstmals in der Kammer vertreten. Im Senat traten im Januar 2011 15 Senatoren ihren Dienst zum ersten Mal an (15 Prozent).

Der 112. Kongress weist insgesamt 88 weibliche Mitglieder auf: 71 im Repräsentantenhaus, 17 im Senat. Mit 44 afroamerikanischen Abgeordneten verzeichnet das Repräsentantenhaus die höchste Zahl überhaupt, während im Senat keiner vertreten ist. 25 Abgeordnete der ersten und zwei Senatoren der zweiten Kammer sind Hispanics. Im Repräsentantenhaus finden sich zudem neun Mitglieder asiatischer Abstammung mit Wurzeln auf der Inselgruppe Hawaii, im Senat zwei. Und das einzige Kongressmitglied indianischer Abstammung hat einen Sitz im Repräsentantenhaus.<sup>64</sup>

#### 4. Einfluss der Tea Party

Seit gut zwei Jahren hat sich die Tea Party zu einer einflussreichen Kraft im politischen Kräftefeld der Vereinigten Staaten entwickelt. Dabei scheinen ihre Anhänger darin übereinzustimmen, was sie nicht wollen (die Feindbilder sind die drei großen „S“: Steuern, Staat und Schulden) ohne sich auf homogene, positive programmatische Aussagen verständigen zu können. Interessanterweise hat die Tea Party ursprünglich nicht (nur) gegen die Demokraten gekämpft, sondern auch gegen moderate Politiker der Republikaner. Ihr Zorn, der sich teils aus libertären, teils aus konservativen Motiven speist, begann nicht mit der Wahl *Obamas*, sondern bereits angesichts der großen Haushaltsdefizite, die sein Vorgänger *George W. Bush* anhäufte.

In einer Reihe von Bundesstaaten und Wahlkreisen ist es der Tea Party bei den Kongresswahlen von 2010 gelungen, gegen zum Teil amtierende Abgeordnete eigenen Kandidaten zum Sieg in den Nominierungsverfahren zu verhelfen und die Kongresswahlen zu einem „Anti-Obama-Votum“<sup>65</sup> umzufunktionieren. Die Bilanz der Bemühungen der Tea

62 Vgl. *Jennifer Manning*, Membership of the 112<sup>th</sup> Congress: A Profile, CRS Report for Congress R41647 vom 1. März 2011, S. 5.

63 Vgl. ebenda, S. 3.

64 Vgl. ebenda, S. 6 f.; nicht berücksichtigt sind die Delegierten des District of Columbia, aus Guam, American Samoa, den U.S. Virgin Islands und der Northern Mariana Islands sowie ein Resident Commissioner aus Puerto Rico.

65 *Barbara Junge* / *Albrecht Meier* / *Christian Tretbar* / *Andreas Oswald*, Kongress: Die Wahltrends in den USA, in: *Der Tagesspiegel* vom 4. November 2010.



Party fällt aus Sicht der Republikanischen Partei gemischt aus.<sup>66</sup> So konnte die Tea Party bei den Senatswahlen mit *Marco Rubio* in Florida und *Rand Paul* in Kentucky Erfolge feiern. Jedoch unterlagen ihre Kandidaten zum Beispiel in Delaware, Nevada, Alaska und Colorado – in Bundesstaaten also, die für die Republikaner eigentlich als gewinnbar eingeschätzt wurden. Zugespielt haben sich die Republikaner durch die Niederlagen in den erwähnten Bundesstaaten selbst um eine Mehrheit im Senat gebracht. Von den insgesamt 83 neuen Abgeordneten der Republikaner im Repräsentantenhaus sollen 60 der Tea Party nahestehen.<sup>67</sup>

Insgesamt 86 Prozent der republikanischen Wähler haben sich laut der Nachwahlumfragen in der Wahl 2010 als Anhänger der Tea Party bezeichnet, auf demokratischer Seite betrug dieser Wert gerade einmal elf Prozent. Abzuwarten bleibt, wie sich die Abgeordneten der Tea Party im Kongress schlagen werden. Viele Neulinge der Republikanischen Fraktion kamen nach Washington in der Überzeugung, vom Wähler ein Mandat für weitreichende Reformen erhalten zu haben. Solch eine Einschätzung hatte sich bereits in den Jahren nach dem Wahlsieg 1994 für die Republikaner negativ ausgewirkt. Sie könnten in der Auseinandersetzung mit dem Weißen Haus verlieren und zugleich die unabhängigen Wähler, die sie nach Washington gebracht haben, verschrecken. Allerdings wollen sie bei der nächsten (Vor-)Wahl auch keine konservativeren Herausforderer ermuntern, gegen sie anzutreten.<sup>68</sup> Diese Strategie ist bereits im Jahre 2010 von der Tea Party in vielen Fällen erfolgreich angewandt worden.

Ihre Anhänger werden sich – gemäß ihrer programmatischen Basis – inhaltlich vor allem auf fiskalpolitische Fragestellungen konzentrieren, wie der Abgeordnete *Patrick T. McHenry* nach der Wahl betonte: „They didn’t come to Washington to tinker around the edges. They came to cut the size of government, not to trim its growth.“<sup>69</sup> Die Diskussion um das Budget 2011 und die Erhöhung der Schuldengrenze im Frühjahr 2011 waren hierfür erste Anzeichen. Ein weiterer Schwerpunkt dürfte die Zukunft von *Obamas* Gesundheitsreform sein.

Den Senat werden die Tea Party-Abgeordneten aufgrund der weitgehend mangelnden parlamentarischen Regeln in dieser Kammer vermutlich stärker prägen als das in prozeduraler Hinsicht durchorganisierte Repräsentantenhaus. Auf jeden Fall werden die Anhänger der Tea Party sich nicht mit der Rolle Wahlkampftruppe auf grassroots-Level zufrieden geben, sondern sie wollen auch in Zukunft an zentralen inhaltlichen und personellen Entscheidungen beteiligt werden. Vom Geschick der Republikanischen Parteiführer im Kongress wird es zu einem Gutteil abhängen, ob ein Republikanischer Präsidentschaftsbewerber 2012 eine Chance gegen *Obama* hat. Für den Speaker des Repräsentantenhauses *Boehner* stellt sich eine entscheidende Frage: Gibt er den Abgeordneten und Anhängern der Tea Party nach und versucht, *Obamas* Agenda auf breiter Front zu verhindern beziehungsweise zurückzudrängen, und riskiert damit die Enttäuschung moderater und unabhängiger Wähler bei den Wahlen 2012, oder bemüht er sich, eine breite Basis anzusprechen auf die Ge-

66 Zur Tea Party vgl. *Kate Zernike*, Boiling Mad. Inside Tea Party America, New York 2010; *Malte Lehming*, Tea-Party-Bewegung – Sie sind das Volk, in: Der Tagesspiegel vom 2. November 2010. Vgl. auch den Beitrag von *Henrik Gast* und *Alexander Kühne* in diesem Heft.

67 Vgl. *Amy Gardner* / *David A. Fabrethold*, For Tea Party, Victories May Trigger Identity Crisis, in: The Washington Post vom 4. November 2010.

68 Vgl. ebenda.

69 Zitiert in *Peter Boyer*, a.a.O. (Fn. 24).

fahr hin, dass die Tea Party massiv in die Nominierungsverfahren im Vorfeld der Wahl 2012 eingreifen und so aktuellen Abgeordneten das Amt kosten könnten?

## 5. Ausblick

Im November 2010 sind vor allem die verärgerten und wütenden Wähler an die Wahlurnen gegangen, die Unentschiedenen und von Präsident *Obama* Enttäuschten sind zuhause geblieben. Die Demokraten haben bei den unabhängigen Wählern signifikante Verluste hinnehmen müssen. Für *Obama* und die Demokraten wird es 2012 darum gehen, diese potenziellen Wähler erneut für sich zu gewinnen.

Eine dauerhafte Republikanische Mehrheit, wie sie vor einem guten Jahrzehnt von Republikanischen Strategen erhofft worden war, ist ebenso wenig in Sicht wie eine dauerhafte Demokratische Mehrheit.<sup>70</sup> Die momentane politische Situation im Parteienwettbewerb der Vereinigten Staaten ist sehr volatil. Beide großen politischen Parteien müssen darauf gefasst sein, dass es auch bei der nächsten Kongresswahl zu signifikanten Veränderungen im Wahlergebnis kommt. Daher können heute keine langfristigen Prognosen aufgestellt werden.

Für die Wahl 2012 wird vor allem die wirtschaftliche Situation der Vereinigten Staaten entscheidend sein.<sup>71</sup> Unabhängig von der politischen Großwetterlage im Jahre 2012 dürfte es jedoch für die Demokraten außerordentlich schwierig werden, die Mehrheit im Senat zu behaupten und Sitze im Repräsentantenhaus hinzuzugewinnen, und zwar aufgrund von strukturellen Entwicklungen, die größtenteils außerhalb ihres Einflussbereichs liegen.<sup>72</sup>

Mit 23 zur Wahl stehenden Senatoren müssen sie deutlich mehr Sitze verteidigen als die Republikaner, bei denen es lediglich um zehn Mandate geht. Dies ist die größte Differenz zwischen den beiden Parteien seit 1980 – damals verloren die Demokraten zwölf Sitze. Acht dieser 23 Wahlen werden in Bundesstaaten stattfinden, die zu den Republikanern tendierend beziehungsweise mindestens als „battleground state“ gelten: Nebraska, Virginia, Missouri, Montana, West Virginia, North Dakota, Ohio und Florida.<sup>73</sup> In lediglich zwei Bundesstaaten verfügen die Demokraten über eine halbwegs realistische Chance, den Republikanern den jeweiligen Senatssitz streitig zu machen, nämlich in Massachusetts, wo sich *Scott Brown* der Wiederwahl stellen muss, und in Nevada, wo der derzeitige, von Skan-

70 Vgl. *Matt Bai*, a.a.O. (Fn. 6); vgl. grundsätzlich zur Thematik *Andrew Kohut / Carroll Doberty*, Permanent Republican Majority? Think Again, in: *The Washington Post* vom 19. August 2007; *John B. Judis / Ruy Teixeira*, The Emerging Democratic Majority, New York 2002. Der Demokratische Wahlkampfberater *James Carville* hatte noch zu Beginn des Jahres 2009 erklärt, dass die Demokraten die politische Landschaft für die nächsten vierzig Jahre dominieren würden; vgl. *Josh Kraushaar*, Democrats' Losses Could Grow in 2012, in: *National Journal* vom 10. November 2010.

71 Inwiefern außenpolitische Entwicklungen und Ereignisse wie die Libyen-Krise und die Tötung *Osama bin Ladens* eine Rolle spielen werden, kann noch nicht abschließend gesagt werden. Vgl. *Dan Balz*, For Obama, A Likely Boost But Economic Challenges Remain, in: *The Washington Post* vom 4. Mai 2011.

72 Vgl. *Josh Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 70).

73 Nebraska, Virginia, Missouri, Montana, West Virginia, North Dakota, Ohio und Florida; vgl. ebenda; *Sean Trende*, Assessing the 2012 Senate Battlefield, in: *RealClearPolitics.com*, 20. Januar 2011, [http://www.realclearpolitics.com/articles/2011/01/20/assessing\\_the\\_2012\\_senate\\_battlefield\\_108599.html](http://www.realclearpolitics.com/articles/2011/01/20/assessing_the_2012_senate_battlefield_108599.html) (Abruf am 20. März 2011).

dalen geplagte Amtsinhaber *John Ensign* angekündigt hat, nicht erneut antreten zu wollen.<sup>74</sup> Die übrigen von den Republikanern zu verteidigenden Bundesstaaten sind deutlich Republikanisch geprägt wie zum Beispiel Utah, Mississippi und Texas.

Hinzu kommt, dass nach dem obligatorischen Census von 2010 in einigen Bundesstaaten die Kongresswahlkreise neu zugeschnitten werden müssen („Redistricting“). Als vorteilhaft erweist sich hier für die Republikaner, dass sie im letzten Jahr die Mehrheit in weiteren Bundesstaatenparlamenten gewinnen konnten, denn diese sind für die Neugliederung der Wahlkreise zuständig. In 20 Staaten kontrollieren die Republikaner den Redistricting-Prozess exklusiv, darunter in den umkämpften Staaten Florida, Michigan, North Carolina, Ohio, Pennsylvania, Minnesota und Wisconsin.<sup>75</sup> Damit verfügen sie über die Zuständigkeit für 193 Wahlkreise, während die Demokraten über den Neuzuschnitt von gerade einmal 44 Wahlkreisen bestimmen können.<sup>76</sup> Dies dürfte den Republikanern die Möglichkeit eröffnen, die Wahlkreisgrenzen in den meisten Fällen so zu ziehen, dass Abgeordnete, die 2010 knapp beziehungsweise in eher Demokratisch orientierten Regionen gewonnen haben, politisch „abgesichert“ werden.

Mittelfristig wird auch die demografische Entwicklung Konsequenzen für elektorale Trends zeitigen. Mit dem Zuzug vieler Wähler in den sonnenreichen Süden nach Florida, Texas, Arizona und New Mexico werden diese Staaten in absehbarer Zeit mehr Kongresswahlbezirke erhalten.<sup>77</sup> Hinzu kommt in Bezug auf die Präsidentschaftswahlen, dass Staaten, die Kongresswahlbezirke und damit Wahlmännerstimmen hinzugewinnen werden, tendenziell mehrheitlich Republikanisch wählen, wie zum Beispiel Arizona, Florida, Georgia, Nevada, South Carolina, Texas, Utah und Washington. Die Bundesstaaten dagegen, die eher an Wahlbezirken und Wahlmännerstimmen verlieren dürften, sind im Großen und Ganzen eher dem Demokratischen Lager zuzuordnen: Illinois, Iowa, Louisiana, Massachusetts, Michigan, New Jersey, New York, Pennsylvania und Ohio.<sup>78</sup>

Dies muss nicht zwangsläufig auf eine weitere Wahlniederlage der Demokraten im November 2012 hindeuten. Um etwa im Repräsentantenhaus die Mehrheit zu übernehmen, benötigten sie einen Netto-Gewinn von 25 Sitzen. Immerhin 63 Mitglieder der Republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses sind in Wahlkreisen gewählt worden, die *Obama* 2008 für sich entscheiden konnte. In einem Dutzend dieser Wahlkreise votierten die Wähler 2004 außerdem mehrheitlich für den damaligen Demokratischen Präsidentschaftskandidaten *John Kerry*. 60 Republikaner sind darüber hinaus 2010 äußerst knapp (wieder-) gewählt worden, nämlich mit weniger als 55 Prozent.<sup>79</sup> Immerhin 17 der 23 Bundesstaaten

74 Vgl. *David Catanese*, John Ensign, Citing Consequences to Sin, Announces Retirement, in: *Politico.com*, 7. März 2011, <http://www.politico.com/news/stories/0311/50799.html> (Abruf am 12. April 2011).

75 Vgl. *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 52.

76 Vgl. *Josh Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 70). Insgesamt verfügen die Demokraten nach den Wahlen von 2010 über lediglich 38 Prozent der Sitze in den Parlamenten der Bundesstaaten, das entspricht dem niedrigsten Wert seit 1956; vgl. *Charlie Cook*, 2010's Surprise Developments, in: *National Journal* vom 9. November 2010. Intern rechnen die Republikaner damit, allein durch einen Neuzuschnitt der Wahlkreise zwischen 15 und 25 Sitze hinzugewinnen zu können; vgl. *Gary C. Jacobson*, a.a.O. (Fn. 8), S. 52.

77 Vgl. *Reymer Klüver*, Wählerwanderung nach rechts, in: *SZ* vom 23. Dezember 2010, S. 8.

78 Vgl. *Josh Kraushaar*, a.a.O. (Fn. 70).

79 Vgl. *Steve Peoples*, 2012 Battleground Centers on Traditional Swing Seats, in: *Roll Call* vom 16. November 2010.

mit Senatswahlen im Jahre 2012 sind 2008 von *Obama* gewonnen worden. Für Prognosen des Wahlausgangs 2012 ist es also zu früh.

Im politischen System der Vereinigten Staaten ist die Verteilung der Macht im Weißen Haus und im Kongress auf unterschiedliche politische Parteien („divided government“) nicht ungewöhnlich. Obgleich im November 2010 die beiden Kammern des Kongresses neu gewählt wurden, war die Wahl zugleich eine Abstimmung über die ersten beiden Amtsjahre *Barack Obamas*. Hatte dieser die Wahl noch mit dem Thema Wirtschaft gewonnen, so hat er mit dem ausbleibenden Erfolg auf diesem Feld wie bei der Arbeitsmarktpolitik seine großen Kongressmehrheiten im November 2010 eingebüßt. *Obama* selbst konstatierte, die Wähler hätten ihm „eine Abreibung verpasst“<sup>80</sup>. Die Wahlen seien zudem ein „Referendum über die Wirtschaft“<sup>81</sup> gewesen.

Es ist aber auch festzuhalten, dass die Wähler am 2. November 2010 zwar gegen *Obama* und die Demokraten, jedoch nicht unbedingt für die Republikaner gestimmt haben: „Die Republikaner haben diese Wahl nicht gewonnen. Der Präsident hat sie verloren.“<sup>82</sup> Aktuelle Umfragen vor der Wahl 2010 deuteten darauf hin, dass die Bürger den Republikanern nicht unbedingt mehr zutrauten als den Demokraten. Nur hatten letztere zum Zeitpunkt der Wahl die politischen Schlüsselstellen inne. Die Aussagekraft der Ergebnisse vom November 2010 für die Kongress- wie für die Präsidentschaftswahlen 2012 ist daher begrenzt. Zugleich erscheint aufgrund der gestiegenen Polarisierung der politischen Lager im Kongress eine Kooperation bei gesetzgeberischen Projekten des 112. Kongresses weitgehend unwahrscheinlich.

Am 3. April 2011 hat Präsident *Obama* angekündigt, sich für eine zweite Amtszeit bewerben zu wollen.<sup>83</sup> Der Minderheitsführer der Republikaner im Senat, *Mitch McConnell*, gab nach den Wahlen 2010 das Motto seiner Partei für die nächsten beiden Jahre aus: Hauptziel sei, *Obama* zu einem „one-term President“<sup>84</sup> zu machen. Parallel zu neuen Gesetzesvorhaben wird die *Obama*-Administration als „*Obama 2.0*“<sup>85</sup> bis zu den Wahlen 2012 viel Energie aufbringen müssen, die in den ersten beiden Jahren erreichten legislativen Erfolge zu verteidigen und unter anderem für ihre fortgesetzte Finanzierung zu sorgen.<sup>86</sup> Darüber hinaus wird eine erfolgreiche Wiederwahl vor allem davon abhängen, ob es gelingt, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen und günstige Ausgangsbedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze herzustellen.

80 *Christoph von Marschall*, Barack Obama: Ein US-Präsident ohne Mehrheit, in: Der Tagesspiegel vom 4. November 2010.

81 *Josh Gerstein*, Obama, on 60 Minutes, Blames His Leadership, in: Politico.com, 7. November 2010, <http://www.politico.com/news/stories/1110/44805.html> (Abruf am 8. November 2010).

82 *Marc Hujer*, Obamas Halbzeit-Niederlage: Die Frust-Nation, in: Spiegel-Online, 3. November 2010, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,726996,00.html> (Abruf am 4. November 2010).

83 Vgl. *Jeff Zeleny* / *Jackie Calmes*, Obama Opens 2012 Campaign, With Eye on Money and Independent Voters, in: The New York Times vom 5. April 2011, S. 14.

84 *Gary C. Jacobson*, Obama and the Polarized Public, a.a.O. (Fn. 14), S. 36.

85 *Peter Baker*, a.a.O. (Fn. 39).

86 Eine detaillierte Übersicht der zentralen Gesetzesvorhaben *Obamas* und deren Verwirklichung findet sich in *John E. Owens*, a.a.O. (Fn. 23), S. 115.